

Für die CDU-Fraktion stellte Herr Schröder den Änderungsantrag die Verwaltung aufzufordern, ihre erfolgreiche Arbeit im Rahmen der Arbeitsbeschaffung mit all den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln fortzusetzen, um die Arbeitslosigkeit weiter zu bekämpfen.

Frau Bergmann-Gries erklärte, dass ihre Fraktion sich dem Vorschlag von Herrn Schröder anschließen könne, wenn zusätzlich hierzu ein Papier erstellt werde, wie verwaltungsintern diese Problematik behandelt werde.

Herr Köhler machte noch einmal deutlich, warum dieser Antrag von ihm gestellt wurde und wies noch einmal darauf hin, dass als Anlage zu diesem Antrag beigefügtes Papier von allen Mitgliedern des Rates der Gemeinden und Regionen Europas beschlossen wurde. Mit diesem Antrag sollte eine Verbindung der regionalen Gebietskörperschaften zu dem nationalen Verband hergestellt werden.

Frau Jung schlug vor, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung einen Tagesordnungspunkt einzurichten der da heißt „Kommunale Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit“. Es sei jedem damit gedient dieser Charta zuzustimmen.

Nach kurzer Diskussion schlug der Bürgermeister vor, in der nächsten Sitzung des Ausschusses Familie, Soziales und Gleichstellung einen Tagesordnungspunkt „Kommunale Maßnahmen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit“ einzurichten. Über diesen Vorschlag ließ er abstimmen.

einstimmig

